

selbst. Vor allem das letztere scheint bis jetzt gut zu funktionieren. Sie sitzen in Vorstandetagen von Unternehmen, in Parlamenten und Kanzleien. Ihr Bannstrahl trifft den Hausmeister, den Pförtner, weil diese bei der Stasi waren, während sie möglicherweise früher als sogenannte inoffizieller Mitarbeiter der Stasi Berichte über ihre Mitmenschen schrieben.

Solange wir einer solchen Moral ausgesetzt sind und uns nicht dagegen wehren, solange z.B ein Minister in Sachsen-Anhalt das ganze Parlament und seinen Ministerpräsidenten über seine Vergangenheit belügen kann, schließlich doch seinen Posten verlassen muß und dann noch mit einer Abfindung von 16000 Mark im Monat für ein Vierteljahr bedacht wird, kann von einer gerechten Aufarbeitung der Vergangenheit wohl keine Rede sein.

Deshalb denke ich, daß die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, wie wir sie jetzt führen, zu einseitig ist, denn sie konzentriert sich nur auf die ehemaligen Mitarbeiter der Staatssicherheit und die SED-Funktionäre. Sie muß zumindest die einschließen, die damit einverstanden waren und ganz gut damit leben konnten.

Friedrich Schorlemmer trifft die Situation, wenn er in der "Berliner Zeitung" vom 7./8. September feststellt:

"Wir haben eine gesellschaftliche Amnesie. Das Volk möchte als ganzes eigentlich schnelles Vergessen, gleichzeitig möchte es aber einen Schuldigen und erinnert sich deswegen an irgendeinen Parteigenossen und sagt 'der war's.'"

### **Offen die Fehler und Irrtümer der Vergangenheit bekennen**

Ich habe vor denen, die sich heute offen zu ihren Fehlern und Irrtümern, zu ihrer Feigheit und Mitschuld bekennen, mehr Achtung als vor denen, die jetzt nicht mehr wissen wollen, wie sie noch vor ein paar Jahren gedacht, gehandelt und gelebt haben. Sie arrangierten sich damals mit der Macht, obwohl sie insgeheim viele Zweifel hatten und tun es heute. Sie waren damals froh, in Ruhe gelassen zu werden und sind es heute ebenso. Nur keinen Konflikt - damals nicht mit der Gegenwart, heute nicht mit der Vergangenheit.

Allerdings muß auch gesagt werden - darauf hat Gregor Gysi in seiner Erklärung zum Bekenntnis der Bundestagsabgeordneten der PDS/Linke Liste, Jutta Braband, in der ersten Hälfte der 70er Jahre für das MfS als Inoffi-